

Erschienen in: <http://www.transforma-online.net>, 6.10.03.

Die Wiederaneignung der historischen Erzählung als Alternative gegen die Globalisierungsideologie

Eduardo-J. Vior
Universität Magdeburg

*„In short, I believe that without the
distinction between what is and what
is not so, there can be no history.“*

Eric Hobsbawm, *On History*, London 1997

Das *American Enterprise Institut (AEI)* ist einer der wichtigsten neokonservativen „think tanks“, aus denen sich die um George W. Bush herrschende Elite rekrutiert. Mittels einfacher Geschichtsinterpretationen und kultureller Schwarz-Weiß-Bilder versuchen seine Forscher und Publizisten Differenzen und Widersprüche zu klittern, um ihr einseitiges Weltbild als Stütze der Globalisierungsideologie zu rechtfertigen. Nicht erst seit dem berühmten Buch von Francis Fukuyama (*The End of History*, 1989) werden radikale Umwälzungen ideologisch durch diskursive Einschnitte in der gesellschaftlich akzeptierten geschichtlichen Erzählung vorbereitet bzw. gerechtfertigt. So geschieht auch in diesem Fall.

In diesem Beitrag möchte ich, anhand ausgewählter Beispiele aus dem politischen Diskurs des *American Enterprise Institute*¹ die Chancen erörtern, die die Dekonstruktion der historischen Erzählung durch die Diskursanalyse bietet, um das kollektive Gedächtnis für eine emanzipatorische Gesellschaftskritik wiederzugewinnen. Durch die Dekonstruktion der historischen Erzählung soll die Dynamik der Ideologiebildung herausgearbeitet werden, um die Motivation politischer Entscheidungen zu verstehen und ihre Entwicklungstendenzen zu verzeichnen.²

Die „gesellschaftlich akzeptierten“ historischen Erzählungen

Jeder Versuch, die eigene Meinung als „gesunden Menschenverstand“ einer Gesellschaft zu etablieren, um eine dauerhafte politische Ordnung zu errichten und abzusichern, geht mit einer neuen Artikulation der gesellschaftlich akzeptierten historischen Erzählungen einher. Wenn ich hier über „gesellschaftlich akzeptierten“ Erzählungen schreibe, meine ich, dass in jeder Gesellschaft zu jeder Zeit unterschiedliche, unter sich widersprüchliche Erzählungen über die Vergangenheit zusammenwirken, aber nur eine von ihnen die Akzeptanz der Bevölkerungsmehrheit genießt. Historische Erzählungen konstruieren Kontinuitäten, schaffen Traditionen und erhöhen das Ansehen ihrer vermeintlichen Träger. Ihre Akzeptanz ermöglicht, dass die Werte, Normen und Symbole, die diese Erzählungen transportieren, gemeinsames Gut der Gesellschaft werden und die bestehenden Machtkonstellationen legitimieren. Reformistische oder konservative Strömungen, die die Grundlagen der

¹ <http://www.aei.org/> Alle Zitate stammen aus dieser Seite und werden mit dem entsprechenden Publikationsdatum angegeben.

² Der hier vorgestellte Ansatz wurde vom Autor zuerst in seiner, im Jahre 1983 der Universität Heidelberg vorgelegten Magisterarbeit *Der Peronismus, populärer Nationalismus in Argentinien* (unver.), und dann in seiner, im Jahre 1990 der Universität Gießen vorgelegten Dissertation *Bilder und Projekte der Nation in Brasilien und Argentinien* (in Mikrofilm), insbesondere im Kapitel 5: „Nationsbild und politischer Diskurs“ dargestellt. Teilweise wurde dieser Ansatz wieder in „Las visiones de ‘Nuestra América’, las visiones de la ‘Otra América’ y las nuevas fronteras“ (Vior, 2001: 163-66) fortentwickelt. Auf Deutsch liegt keine Aktualisierung vor.

bestehenden Gesellschaftsordnung teilen, differieren in ihren Urteilen über einzelne Aspekte der gemeinsamen Erzählung, aber sie tragen sie weiter. Eine historische Erzählung, die als „normal“ gilt, kann gleichzeitig zur „Normalisierung“ von Alternativen eingesetzt werden. So werden Systemalternativen durch ihre Einbindung in die akzeptierten historischen Erzählungen in die politische Ordnung mit einbezogen. Keine Systemkritik kann wirksam werden, wenn sie zuerst nicht die akzeptierten historischen Erzählungen dekonstruiert.³

Andersum versuchen Revolutionäre und reaktionäre Projekte sich durch abrupte Einschnitte im historischen Diskurs zu rechtfertigen. Hierfür greifen sie wiederholt auf ein erprobtes Mittel zurück: Sie konstruieren eine „dunkle“ Vergangenheit, die die Gesamtheit der Systemträger undifferenziert verantwortet, die überwunden werden muss, um die Geschichte zu einem „glücklichen“ Ende zu führen. Der „dunklen“ Zeit wird dann eine „goldene“ Vergangenheit vorverlegt, die durch Fehlentscheidungen bzw. den „Verrat“ ihrer Widersacher in den Untergang getrieben wurde. Die Träger der neuen Botschaft wissen angeblich von den „alten, guten Zeiten“ und zeigen sich als einzige dazu auserwählt, die Rückkehr der glücklichen Vergangenheit einzuleiten. Dieses Diskursmodell hat alttestamentarische Wurzeln: Es ist *das prophetische Modell*, das überall angewandt wird, wo eine radikale Minderheit sich daran macht, die Grundlagen der politischen Ordnung in revolutionärer oder reaktionärer Richtung zu verändern, auch einen neuen Staat zu gründen⁴. Seine Verbreitung in der Moderne erklärt sich durch die Übertragung seines Erlösungsversprechens von den explizit religiösen Formen der Politik im Mittelalter an die sekularisierten Formen der Nationsbildung. Der Erfolg der Nation als Herrschaftsform der Moderne lässt sich nur durch die besondere Verbindung in ihr von rationalen Prinzipien (Volkssouveränität, Selbstbestimmungsrecht, Vorstellungen über die geltende ökonomische und soziale Ordnung) mit symbolischen Repräsentationen (das gemeinsame Territorium, die gemeinsame Geschichte) und ihr zeitliches Zusammenfallen mit der Entwicklung des Kapitalismus und den Industriellen Revolutionen erklären. So verknüpfen die prophetischen Modelle der Moderne ihre Erlösungsversprechen mit Vorstellungen über das Schicksal der Nation und materiellen Kräftekonstellationen, auf welche die ersteren durch Performance des politischen Willens einwirken⁵.

Die prophetischen Modelle weisen immer auf einen Auftrag hin, der die nationale Gemeinschaft zu erfüllen hat. Keine Abkehr vom Auftrag wird toleriert. So erheben sie einen Universalismus- und einen Totalitätsanspruch, die Kriege nach außen und Unterdrückung von Andersdenkenden nach innen vorprogrammieren. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben die damals entstandenen Blöcke versucht, die nationalen Ideologien in ihren jeweiligen Bündnissen aufzuheben, überwunden haben sie sie nicht. Das sich mühsam entwickelnde Systeme der Vereinten Nationen stellt in diesem Zusammenhang den bislang nicht geglückten Versuch dar, die nationalen Ideologien durch ethischen, völkerrechtlichen und politischen Kompromisse einzubinden. Da die vorherrschende Form der Organisation der Weltordnung jedoch weiterhin der nationale Staat ist, bleibt die Frage nach seiner Einbettung im Innern und

³ Zur Funktion der historischen Erzählungen bei der Konstruktion „imaginärer Gemeinschaften“ s. das klassische Werk von B. Anderson (1991 [1983]). Zur normalisierenden Funktion der historischen Erzählungen s. Hobsbawm / Ranger (1983)

⁴ Die Rekonstruktion dieses Modells geht auf das bannbrechende Werk von Sigmund Freud (2001 [1975; 1941]) *Der Mann Moses und die monotheistische Religion* zurück. Der Verfasser wandte dieses Modell auf die Analyse des politischen Denkens in seinem im Jahr 2003 erschienenen Aufsatz über den politischen Diskurs der uruguayischen Wochenzeitung „Marcha“ (1935-74).

⁵ Zum Performationsbegriff s. Butler (2001), insbes. Kap. 3 „Subjektivierung, Widerstand. Bedeutungsverschiebung“.

Außen offen. Jede Krise der Staatsorganisation bzw. in der politischen Ordnung der Welt kann das Auftauchen von prophetischen Modellen hervorrufen. Nach dem Ende der Blockkonfrontation führt das Entstehen eines imperialen Systems unter der Führung der Vereinigten Staaten mit dem Anspruch, die ganze Welt zu ordnen, nicht zur Überwindung sondern zu einer weiteren Entfaltung der nationalen Ideologie der einzig gebliebenen Supermacht, die dem weltweiten Wirken von neuen und alten prophetischen Modellen Plausibilität verleiht⁶.

Der Ansatz des vorliegenden Aufsatzes

Meiner Betrachtung liegt ein utopisch-emanzipatorisches Verständnis der Menschenrechte zugrunde, das, aus einer interkulturellen Perspektive heraus, einen alternativen universalistischen Horizont zeichnet, aus dem die Leistungen des politischen und gesellschaftlichen Denkens beurteilt werden können. Die Menschenrechte stellen einen wiederholt auszuhandelnden Konsens für das zivilisierte Leben auf der Erde dar. Diese Übereinstimmung setzt, als Dimension der zu verwirklichenden Menschlichkeit, den sittlich-normativen Kontext erkennender Subjekte. Diese können nur in der Geschichte und als Teilnehmer an der dort stattfindenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung erkennen, aber sie können es aus einer utopischen Sichtweise tun, aus der die Ereignisse der Gegenwart auf ihr Gehalt an emanzipatorischen Potentiale hin befragt werden⁷.

Zu behaupten, dass der Konsens, der dem Menschenrechtsdiskurs zu Grunde liegt, immer wieder neu auszuhandeln ist, bedeutet auch, dass jede Aussage, die versucht, diesen Diskurs weiterzuführen oder politische Handlungen durch diesen Rückgriff zu rechtfertigen, notwendigerweise die Prüfung ihrer Gegenüberstellung mit anderslautenden Äußerungen bezüglich Teile oder der Gesamtheit dieses Diskurses bestehen muss.

Nichts liegt weiter von meiner Auffassung als der Glaube, eben solche Gegenüberstellung könnte hauptsächlich in rationaler Form und in einem „herrschaftsfreien“ Raum geführt werden. Der Diskurs der und über die Menschenrechte wird durchkreuzt und „performiert“ durch Herrschafts- und Machtverhältnisse. In diesem Diskurs gibt es „kompetente“ und nicht zugelassene Artikulationen. Es gibt auch viele, zum Schweigen verurteilte potentielle DiskursteilnehmerInnen, deren Abwesenheit eine zusätzliche Herausforderung für die Geltung des gesamten Diskurses darstellt. Auch hier gilt die erwähnte Gegenüberstellung als Prüfstein für den emanzipatorischen Anspruch des Menschenrechtsdiskurses⁸.

Die hier angewandte Methode könnte ich provisorisch als *historische Diskursanalyse* bezeichnen. Ich habe sie in verschiedenen Etappen in den letzten zwanzig Jahren entwickelt und sie verbindet die Analyse des politischen Diskurses, so wie diese unter anderen bei so unterschiedlichen Autoren wie Michel Foucault und Pierre Bourdieu formuliert wurde, mit der Dekonstruktion historischer Erzählungen, insbesondere der nationalen Epen, wie sie Benedict Anderson und Leopoldo Mármora (1983) gelehrt haben.

⁶ Die durch die Verwendung des „Imperium“-Begriffes vorgenommene Anlehnung an die Thesen von M. Hardt und T. Negri übersieht nicht die gravierenden theoretischen und methodischen Probleme, die Ihr Beitrag aufwirft. Es ist ihnen dennoch anzuerkennen, dass sie versucht haben, die neue politische Ordnung der Welt in einem Begriff zusammenzufassen. Mit diesem Vorbehalt soll hier diese Kategorie Anwendung finden.

⁷ Zum Verständnis der Menschenrechte als Konsens s. H. Bielefeldt (1998), insbesondere „Hauptteil 2: Menschenrechte als Kern eines interkulturellen ‚overlapping consensus‘“, S. 115-174. Zur utopisch-emanzipatorischen Dimension der Menschenrechte s. R. Fernet-Betancourt (2000 und 2001).

⁸ Zum Begriff des „kompetenten Diskurses“ s. P. Bourdieu (1982), insbesondere Kap. 2: „Langage et puouvoir symbolique“, S. 97-161.

Ich gehe davon aus, dass kein politischer Diskurs sich in in der Geschichte in „reiner“ Form manifestiert, sondern immer in *diskursiven Konstellationen*, in denen Diskursfragmente sich durch inter- und kontextuelle Beziehungen mit zeitgenössischen, womöglich räumlich weit entfernten Partnern verbinden bzw. durch Aneignung des Gedächtnisses unterschiedlicher Kulturkreise sich Erfahrungen aus der Vergangenheit zwecks Sinnengewinnung bzw. –gebung zu Nutzen machen. Da politische Diskurse immer die Konzentration, Verwaltung und Anwendung gesamtgesellschaftlicher Macht als Gegenstand haben, hat der Umgang mit dem historischen Gedächtnis im politischen Diskurs die Konstruktion von Glaubwürdigkeit als Ziel.

Hierbei stellt ein zentrales Moment der Umgang mit der Erfahrung der Gewalt bei der Entstehung der geltenden oder angestrebten Machtkonstellationen dar: Die Entstehung und Aufrechterhaltung jeder politischen Ordnung geht mit der Anwendung von Gewalt bzw. mit ihrer Androhung einher. Jedoch muss dieses Gewaltmoment vom öffentlichen Bewusstsein getilgt werden, wenn die neue Ordnung als Bestandteil des Alltagslebens hingenommen, akzeptiert und sogar geliebt werden soll. Die Mechanismen der Verschiebung, Verdrängung, Verleugnung und/oder Verneinung der gewaltsamen Erfahrungen bei dem Entstehen oder der Absicherung einer politischen Ordnung sollen der neu konstituierten Konstellation *des kompetenten Diskurses* den Anschein der Kontinuität, also der ungebrochenen „Normalität“ verleihen, die nur „von außen“ gestört werden kann⁹.

Dieser Eindruck der Kontinuität zerbricht aber, sobald man den kompetenten Diskurs mit den Instrumenten der historischen Dekonstruktion behandelt, d.h. ihn auf die geschichtlichen Prozesse zurückführt, für die er das Interpretationsmonopol verlangt, und ihn auf den Kontext seiner Konstitutionsbedingungen zurückführt. Die durch diese Rückführung offensichtlich gewordenen Inkohärenzen im politischen Diskurs deuten auf die alternativen Vorschläge hin, die damals durch die Gewaltanwendung nicht zur Geltung kamen und weiterhin den Horizont der möglichen Entwicklungen darstellen, die die Sieger von damals abzuwenden versuchen. Ich gehe mit Walter Benjamin davon aus, dass "(...) Vergangenes historisch artikulieren nicht [heißt], es erkennen >wie es denn eigentlich gewesen ist<. Es heißt, sich einer Erinnerung zu bemächtigen, wie sie im Augenblick einer Gefahr aufblitzt (...)“ (Benjamin, 1980: 695). Das in jeder Gegenwart neu geordnete historische Gedächtnis bedingt die Wahrnehmung der die Gesellschaft bedrohenden Gefahren und Risiken, also ihrer „Wirklichkeit“. Der politische Diskurs bringt Machtverhältnisse rund um Gedächtniskonstruktionen zu Stande, die die Rückkehr von vergangenen Gefahren und Drohungen zu beschwören versuchen. Wenn wir dann diese Abwendungsversuche in Verbindung mit den historischen Konstellationen, insbesondere mit den Machtkämpfen zwischen konträren Gesellschaftsprojekten setzen, die damals auf der Tagesordnung standen, können wir Aufschlüsse über die Motivationen und die Mechanismen erhalten, mit denen die gegenwärtig kompetenten Diskurse auf neue Situationen reagieren, und einige Voraussagen über ihre künftigen Handlungstendenzen machen¹⁰.

Ich werde mit der Analyse ausgewählter Aussagen von AEI-Autoren beginnen. In dieser Analyse versuche ich, die Kernelemente der Diskursdynamik herauszuarbeiten, Kontinuitätslinien zu unterstreichen und Bruchmomente zu erkennen. Diese letzteren Stellen sollen dann in ihrer Verbindung zu ihren geschichtlichen Kontexten hinterfragt werden, um

⁹ Die Anwendung der vier erwähnten psychoanalytischen Kategorien, die Freud für die Untersuchung des Unbewussten aufstellte, auf die Erforschung der Ideologien geht auf die Beiträge von K. Lenk (1984) zurück.

¹⁰ Ich gehe hier von einer grundsätzlichen Kontinuität in der Artikulation der nationalen Ideen aus, die sie in ähnlichen Situationen ähnlich reagieren bzw. auf bestimmte, typische symbolische Konstellationen mit ähnlichen performativen Handlungen einzuwirken lässt.

die Weltbilder der von uns ausgewählten Akteure auf ihren Realitätsgehalt hin zu prüfen. Ich hoffe mit dieser Methode, auf den Zusammenhang zwischen bestimmten prägenden Ereignissen der US-amerikanischen Gegenwartsgeschichte und der Entstehung des heute führenden neokonservativen Denkens hinweisen zu können. Der Beitrag soll mit der Aufstellung einiger Hypothesen für eine breitere Untersuchung des radikalkonservativen politischen Denkens in den USA und seine Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft.

Mit dem hier vorliegenden Text versuche ich zudem einen Beitrag zur Diskussion über die Wiederaneignung der historischen Erzählung als Methode der Beweisführung in der Politik- und den Sozialwissenschaften zu leisten. Als solcher hat er einen nur anfänglichen Charakter. So bitte ich die LeserInnen im Voraus um Entschuldigung für den unvollständigen und lückenhaften Charakter meiner Datenbasis.

Selbstdarstellung des AEI

„The American Enterprise Institute for Public Policy Research is dedicated to preserving and strengthening the foundations of freedom —limited government, private enterprise, vital cultural and political institutions, and a strong foreign policy and national defense— through scholarly research, open debate, and publications. Founded in 1943 and located in Washington, D.C., AEI is one of America's largest and most respected ‚think tanks‘." (...) (<http://www.aei.org/about/filter./default.asp>, 2.07.03, 11:40)

Auf dieser Definitionsebene sind keine Unterschiede zu anderen Äußerungen des US-amerikanischen „main-stream“-Diskurses der letzten fünfzig Jahre erkennbar. Dabei seien zwei zentrale Aspekte angemerkt: Erstens das Verständnis der Freiheit in diesem Diskurs ist nicht das eines Rechts, das man selbstbestimmt geltend macht, sondern das einer patriotischen Pflicht, die mit dem Wesen der US-amerikanischen Nation am innigsten zusammenhängt. In seiner glänzenden Analyse der Gettysburg-Rede von Abraham Lincoln im Jahr 1863 weist Ekkehardt Krippendorf auf den missionarischen Charakter des Freiheitverständnisses in dieser Traueransprache hin: Die USA definieren sich durch die Verkündung der (wir würden hinzufügen, individuellen) Freiheit in der Welt. Zweitens nimmt der Zusatz „strong foreign policy and national defense“ Bezug auf den Grundkonsens der fünfziger Jahre, als im Kalten Krieg der militante Antikommunismus zusammen mit der Erweiterung des Wohlfahrtsstaates fiel. Dieser, ab 1947 entstandene Konsens ist ein unerschütterlicher Grundstein der US-amerikanischen politischen Ordnung. Obwohl der Wohlfahrtsstaat mittlerweile der Vergangenheit angehört, suggeriert die ständige Behauptung der militärischen Vormacht der USA, dass nur so das US-amerikanische Versprechen zu erfüllen sei, Wohlstand sei von allen Einwohnern des Landes erreichbar.

Die Gründe

In seinem Aufsatz „America Loses its Voice“ (http://www.aei.org/publications/filter..pubID.17666/pub_detail.asp, 2.07.03, 12:00) thematisierte Joshua Muravchik am 9. Juni 2003 die Frage nach dem Ausbleiben einer „ideologischen Kriegsführung“. Die USA haben schnell und mit geringen Kosten in Irak gesiegt, aber es fehle eine entsprechende Kampagne in den Medien, um die Welt von der Richtigkeit ihrer Politik zu überreden („to persuade“). Im Kalten Krieg haben die Vereinigten Staaten gewonnen, weil sie die militärische Vormacht hatten, aber auch weil sie eine ständige Propaganda-Kampagne geführt haben, die die Mehrheit der Weltöffentlichkeit von ihren Zielen überzeugte. Und dann fragt sich der Autor (ich zitiere aus der Online-Version auf der Webseite des AEI):

„Why are we doing little about this? Because in the 1990s we unilaterally disarmed ourselves of the weapons of ideological warfare.“

(...)

„Once the Cold War was won, USIA (United States Information Agency) funding was slashed repeatedly, as conservative isolationists and budget hawks teamed up with liberal cultural relativists averse to American "propaganda." The coup de grace came when Jesse Helms, taking his cue from Secretary of State Warren Christopher, persuaded the Senate to abolish USIA, (...)"

Für Muravchik stehen die Motiven und Ziele der US-amerikanischen Außenpolitik außer Diskussion. Wenn die Mehrheit der Weltöffentlichkeit sich gegen sie wendet, liege das am Fehlen der Instrumente für weltweite Propaganda-Kampagnen. Zudem nimmt er einen historischen Einschnitt vor, der kennzeichnend für das neokonservative Denken ist: Die konservativen „Isolationisten“ werden in einen Topf mit den „liberalen Kulturrelativisten“ geworfen und für den Abbau der Kriegsinstrumente verantwortlich gemacht.

Gesellschaftsvorstellungen

In seinem Aufsatz „Inequality and Ideology“ (http://www.aei.org/publications/filter_pubID.6067/pub_detail.asp, 2.07.03, 12:10) erörterte Michael Novak am 5. Dezember 1995 die Frage, warum, wenn die US-amerikanische Volkswirtschaft in den letzten sechzig Jahren so enorm wuchs, das Land die Armut nicht beseitigen kann. Diese Frage veranlasst ihn die gängigen Armutsbegriffe zu diskutieren. Und er folgt:

„The founders were quite conscious that our experiment in republican government was not an experiment in democracy or equality in the French sense. Ours was from the beginning an experiment in liberty and inequality.“

Seiner Meinung nach handelt es sich bei der Armutsbekämpfung nicht um eine Verringerung der Ungleichheiten in der US-amerikanischen Gesellschaft. Ganz im Gegenteil sieht er in der Zunahme der Ungleichheiten erst die Möglichkeit, dass alle reicher werden. Darin stellt er auch einen radikalen Unterschied zwischen dem sozialpolitischen Ansatz seit den frühen Dreißiger Jahren und dem jetzigen. Liberale Reformer und „Altkonservativen“ werden auch hier in einen gemeinsamen Topf geworfen. Aus dieser Perspektive heraus formuliert er neue Ziele für die Sozialpolitik.

Ziele

Weiter Michael Novak:

„In the future, the most successful social ideal will have three components. First, for reasons of merit, there should be unequal outcomes, because they are based on talent, on effort, and on luck. That is the normal course of human life. The only way you can stop it is by force.

(...)

„Second, there should be humane care for the vulnerable, and the level of that care should be set not just at the bare minimum - the minimum should be redefined upward over time. A helping hand should be extended especially to those who try but through no fault of their own are in need. It should also be extended to those who are not in a position to try in the first place - and, in the end, even to those who will not.“

(...)

„The level of care for the poor is a crucial concern to a society whose roots are Jewish and Christian. But concern for the poor is different from the concern for equality. Jews and Christians are not trying to make the poor equal to anybody; they are trying to help them walk on a decent, humane, upward-sloping path.“

(...)

„The third element of the ideal is this: the passion for equality should be regarded as Madison regarded it - it is wicked. The passion for equality foments envy and destruction. It is wholly unrealistic. And it is wedded to tyranny or its weaker and spendthrift sister, statism.“

Dass Ungleichheit sich nicht auf der sozialpolitischen Ebene beschränkt, sondern sie einen grundsätzlichen Bestandteil des vorgeschlagenen Politikkonzepts darstellt, ist dem Autor klar. Die Neokonservativen legitimieren sich u.a. durch eine historische Konstruktion, in der die gesamte US-amerikanische Geschichte der letzten siebzig Jahre als ein Ganzes betrachtet wird, gegen welche sie sich erheben. Sie sind die Vertreter des „New America“ gegen das „Old America“. Das angedeutete Subjekt der neuen Politik soll folglich eine Elite sein, die anders als alle seit den 1930er Jahren führenden ist. Somit spielt der historische Einschnitt zwei Funktionen mit einem Dreh: Einerseits teilt er die US-amerikanische Geschichte in alt und neu, andererseits legitimiert er dadurch eine neue Führungselite.

Die Zielsetzung in der inneren Politik fällt mit der Neubestimmung der US-Strategie in der Weltpolitik zusammen. Hierbei gehe es darum, die „Pax Americana“ zu sichern. Vor dem Scheitern der Instrumente und Mechanismen des UNO-Systems komme den USA die alleinige Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens zu. Hierfür seien gegebenenfalls Eingriffe notwendig, die nicht immer völkerrechtskonform seien. Sie seien jedoch durch ihre friedens- und stabilitätssichernde Wirkungen legitimiert.

In seinem Aufsatz „What's Next? Preserving American Primacy, Institutionalizing Unipolarity“ (http://www.aei.org/publications/filter_.pubID.16999/pub_detail.asp, 2.07.03, 12:20), formulierte Thomas Donnelly am 22. April 2003 die neuen Ziele folgendermaßen:

„While it is reasonable to believe that the United States can achieve these long-term strategic goals, it is also reasonable to wonder how this can be done in the "unilateral" way - which would not be so much a go-it-alone, genuine unilateralism as it would be an unwillingness to approach these tasks with anything more than an ad hoc coalition. Indeed, it is difficult to imagine how the United States can maintain global leadership without running the risks of ‚imperial overstretch‘ unless it forges a new set of international institutions, or at very least, radically reforms the current ones. Even a sole superpower needs strategic partners.,,

(...)

„What kind of international institutions, then, would help to preserve the Pax Americana? The Iraq crisis suggests that, as now configured, the United Nations and NATO do not suit our purposes.“

(...)

„Thus what is needed in the genuinely new world order of Pax Americana is a set of organizations that find legitimacy in their purposes rather than in their processes. A reformed United Nations - or a successor organization - would value liberty more than stability and would dedicate itself to helping repressed peoples secure their individual political rights rather than to tolerating repressive regimes. A new NATO would define itself as an alliance better able to provide forces for a variety of new missions in support of new purposes rather than simply as a defensive, in-case-of-war coalition.“

(...)

„But the challenge now is to weave a new fabric of international order, one that emphasizes the political rights of individuals, not merely the rights of states.

Daraus sind zwei wichtige Folgerungen zu ziehen: Erstens spricht sich das neokonservative Denken für eine „nachträgliche“ Legitimation durch die Taten, die seine Strategie vollbringt;

zweitens bleibt der Inhalt des als ethischen Maßstab vorgeschlagenen Freiheitsbegriff unbestimmt. Es ist anzunehmen, dass es die Taten selbst sein müssen, die den Begriff mit Inhalt versehen. Erneut stellt sich also die Frage nach dem Subjekt dieses Denkens und dieser Strategie. Jetzt umso dringlicher desto klar erscheint, dass die Definition der angestrebten Weltordnung vom Charakter des sie errichtenden politischen Subjekts abhängt.

Die Welt (das Bild des Anderen)

Als die USA nicht in den Vorstand des Menschenrechtsausschusses der Vereinten Nationen gewählt wurden, versuchte Jeane Kirkpatrick (http://www.aei.org/news/newsID.16581,filter./news_detail.asp, 2.07.03, 12:35) in ihrer Rede vor dem versammelten Ausschuss, am 6. Juni 2001, die Gründe für diese Niederlage u.a. folgendermaßen zu erklären:

(...)

„Congressman Henry Hyde, (R. Illinois), the new chair of the International Relations Committee in the House of Representatives, described the U.S. defeat as ‚a deliberate attempt to punish the U.S. for its insistence that the commission will tell the truth about human rights abuses wherever they occur.‘“

„Hyde was probably right. The U.S. habit of telling the truth in the United Nations about human rights violations of some governments against their citizens is almost surely the reason some countries opposed the U.S. re-election to the Committee.“

(...)

„Israel is also an issue. The United States is the only country in the United Nations that regularly defends Israel against unfair attacks. This year only the U.S. and Israel voted nearly alone (with some help from Guatemala) against five resolutions condemning Israel’s ‚disproportionate‘ use of force in the ‚Palestinian territories‘ and calling for a halt on building new Jewish settlements and denouncing Israel for various crimes. The EU, Russia and few others abstained against this calumny.“

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Ziel, die Welt in Alleingang neu zu ordnen, und der Spaltung der Weltpolitik in „Guten“ und „Bösen“. Letztere sind all jene, die gegen die Ziele der US-Politik handeln. Es gibt dazwischen eine Restkategorie der „Dummen“, zu der „Old Europe“ gehört, die nicht versteht, dass die USA auch ihre Interessen vertreten. Da das eigene Lager nur durch das Handeln des führenden Subjekts abgesteckt wird, verändern sich seine Konturen in Abhängigkeit von den politischen Auseinandersetzungen und Kräftekonstellationen.

Aus Platzgründen soll hier das Aufführen von Beispielen aus der publizistischen Produktion des *American Enterprise Institute* sein Bewenden haben. Einige gemeinsame Elemente lassen sich daraus entnehmen:

1. Der politische Diskurs des AEI artikuliert sich entlang zwei Achsen: a) ein historischer Einschnitt, nach dem die gesamte Geschichte der USA seit den frühen Dreißiger Jahren als ein Ganzes angesehen wird, gegen das sich der Neokonservatismus erhebt; b) das Andeuten eines führenden Subjekts, dessen Legitimation erst nachträglich, durch die von ihm vollzogenen Machttaten etabliert wird.

2. Der vom AEI proklamierte Freiheitsbegriff ist absolut und unbestimmt und fällt mit dem Aufbau des US-amerikanischen „Imperiums“ (sic) zusammen.
3. Jene Akteure außer- oder innerhalb der Vereinigten Staaten, die gegen diese Ziele handeln, werden in die religiöse Kategorie des Bösen hineingesteckt. Nicht nur, dass diese beliebig nach den konkreten Kräfteverhältnissen bzw. nach dem eigenen strategischen Bedarf in jeder Situation konstruiert werden, sondern auch, dass diese Konstruktion durch Feindbilder operiert, die nur ausgelöscht werden können. Dieses Politikkonzept setzt den ewigen Krieg voraus und steht in seinem totalitären Anspruch dem Nationalsozialismus nah.

Es fällt auf, dass die AEI-Autoren – soweit ich das untersuchen konnte – in ihren historischen Konstruktionen den Vietnam-Krieg auslassen. Dieses Schweigen erscheint umso merkwürdiger, wenn man berücksichtigt, dass die vier wichtigsten AEI-nahen Männer in der Regierungsmannschaft (Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, sein Stellvertreter Paul Wolfowitz, Vizepräsident Richard Cheney und sein Berater Lewis Libby) seit dreißig Jahren, d.h. seit der Regierung von Richard Nixon und dem Vietnam-Krieg, zusammenarbeiten. Dieses Schweigen soll in ihrer Motivation näher untersucht werden.

Die AEI-Autoren nehmen permanent Bezug auf die Politik der letzten sieben Jahre als eine unteilbare Ganzheit auf, d.h. seit dem Amtsantritt Franklin D. Roosevelts im Jahr 1933 und dem Beginn des „New Deals“.

Gewiss lassen sich bestimmte durchgehende Linien hervorheben, insbesondere in der Funktionsweise der staatlichen Regulationsmechanismen, aber auch die Bruchmomente spielen in dieser Entwicklung eine wichtige Rolle. Hier seien als Beispiele die Ausbremsung der Reformen ab 1935, die Aufgabe des Isolationismus 1941, die Bildung des antikommunistischen Blocks 1947, die kubanische Revolution 1959, die Erweiterung des politischen Systems durch die Bürgerrechtsbewegung nach 1963, die Aufgabe des Festen Währungskurses 1971, die Niederlage im Vietnamkrieg 1973 und der Rücktritt Richard Nixons ein Jahr später genannt (Campbell / Kean 1997, Tindall / Shi 1984, Wightman Fox / Kloppenborg 1995).

In jeder dieser Situationen positionierten sich die Radikalkonservativen anders. Ihr wiederholtes Auftreten auf der politischen Bühne gründete bis zum letzt genannten Zeitpunkt auf der Unterstützung traditioneller Gruppen im Süden und Mittelwesten, die sich nur schwer mit den aufeinanderfolgenden Modernisierungsprozessen der US-Gesellschaft arrangierten. Durch den Beginn der dritten Industriellen Revolution in den 70er Jahren veränderte sich die Stellung dieser Basis und die Neokonservativen gewannen dazu die Unterstützung neuer technokratischen Schichten, die die technisch-industrielle Erneuerung trugen. Dass diese kleine, für die konservative Mehrheit im Land nicht repräsentative Gruppe sich zuerst der Republikanischen Partei, dann der Regierung und schließlich der öffentlichen Meinung bemächtigte, kann man jedoch nicht allein auf die Stärke ihrer gesellschaftlichen Basis zurückführen. Wie wir bereits gesehen haben, sind in der Dynamik des politischen Diskurses der Radikalkonservativen Elemente angelegt, die ihnen erlauben, in der gegenwärtigen Lage erstens das beste ideologische Angebot für die Gesamtgesellschaft zu machen und zweitens den Machtwillen zu entfalten, um die Kontingenz für einen radikalen Umsturz des politischen Systems auszunutzen. Sie spitzen den im hegemonialen liberalen Diskurs angelegten Individualismus zu und tragen mit ihrem aggressiven Machtwillen zur Verdrängung des „Vietnam-Syndroms“ bei.

Weiter ist das Ausbleiben jeglicher Diskussionen über die ethnokulturellen Auseinandersetzungen um die Neudefinition der US-amerikanischen Demokratie bemerkenswert. An dieser Stelle wage ich vorerst zu behaupten, dass das Schweigen über die wichtigste Zäsur in der US-amerikanischen Geschichte des 20. Jahrhunderts und das

Außerachtlassen der ethnokulturellen Trennungen und Spaltungen, die das gesellschaftliche Leben bestimmen, eins und dieselbe Ursache haben: Der ideologische Versuch, durch Geschichts- und Gesellschaftsklitterung die Stellung eines symbolischen Subjekts zu begründen, das das gesamte politische und gesellschaftliche System im Innern und Außen radikal umwälzen soll.

In meinen provisorischen Ausführungen habe ich auf die diskursiven Brüche hingewiesen, die die Vertreter des AEI in der Geschichte der USA vornehmen (bis 1933, 1933-2000 und danach) und diese mit der Proklamierung der „Pax Americana“ in Verbindung gesetzt, d.h. mit der von ihnen so bezeichneten „imperialen“ Herrschaft der USA über die ganze Welt. Dies bedeutet, dass ihre Konstruktion der „einen Welt“ unter US-amerikanischer Herrschaft mit ihrer Rekonstruktion der US-amerikanischen Geschichte zusammenfällt. Demzufolge kann man in ihrer Konstruktion der historischen Erzählung den Schlüssel zum Verstehen ihrer expansionistischen Weltpolitik finden.

So können wir für die Fortsetzung der Untersuchung einige Fragen bezüglich ihrer Geschichtspolitik stellen:

- Wenn das AEI die Entwicklung zwischen den 30er und Ende der 90er Jahre pauschal ablehnt, in welcher Phase der US-amerikanischen Geschichte finden seine Autoren einen legitimierenden Bezug? Bei welchen Akteuren bzw. Strömungen? Vielleicht etwa bei den religiösen Fundamentalisten der 20er Jahre, wenn wir seine Bündnisse mit den zeitgenössischen Fundamentalisten berücksichtigen?
- Welche Folgen hat diese Geschichtsklitterung für den nationalen Diskurs der USA? Welche Machtverhältnisse und welche Akteure werden so „performiert“?
- Inwieweit wird dieser Diskurs von anderen Akteuren übernommen und mit welchen Folgen? Inwieweit wären diese durch einen eventuellen Regierungswechsel im Jahr 2005 umkehrbar? Hat der neokonservative Diskurs nicht vielmehr eine gesellschaftliche und institutionelle Verankerung erlangt, die ihn erlauben, künftig den nationalen Diskurs der USA entscheidend zu beeinflussen?
- Hat diese historische Manipulation dauerhafte Auswirkungen auf die Globalisierungsideologie?

Diesen Fragen soll es in weiteren Untersuchungen nachgegangen werden.

Die Rückführung der herrschenden Repräsentationen auf ihre Entstehungsbedingungen schärft den Blick für die befreienden Potentiale, die in den Ursprüngen der heutigen Herrschaft untergingen. Die Verbindung dieser Anfänge mit den heute geltenden Gedächtniskonstruktionen enthüllt die Dynamik der Ideologiebildung und ihren Einfluss auf die Entwicklung von politischen Subjekten. So strebt die hier vorgeschlagene Wiederaneignung der historischen Methode an, die Diskurse herrschender Subjekte auf die Materialität ihrer Entstehungsbedingungen zurückzuführen, dieses Verhältnis als Wahrheitsmaßstab zu errichten und die Dynamik der Materialisierung von Macht zu verstehen. Auf diesem Weg kann die Wiederaneignung der historischen Erzählung ihre performative Kraft bei der Bildung autonomer Subjekte entfalten.

Literaturliste

American Enterprise Institute, <http://www.aei.org>

Anderson, Benedict 1991 (1983) – *Imagined Communities*, Verso, London / New York.

Benjamin, Walter, 1980 - "Über den Begriff der Geschichte", in: *Gesammelte Schriften*, Bd. I-2, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.

- Bielefeldt, Heiner 1998 – *Philosophie der Menschenrechte*, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Bourdieu, Pierre 1982 – *Ce que parler veut dire*, Fayard, Paris.
- Butler, Judith 2001 (1997) – *Psyche der Macht – Das Subjekt der Unterwerfung*, Ed. Suhrkamp, Frankfurt a.M.
- Campbell, Neil / Kean, Alasdair 1997 - *American Cultural Studies*, Routledge, London.
- Fornet-Betancourt, Raúl 2000 – „Einführung“ in: ders. (Hrsg.), *Menschenrechte im Streit zwischen Kulturpluralismus und Universalität*, IKO-Verlag, Frankfurt a.M. / London, S. 11-22.
- Id. 2001 – „Einführung“ in: ders. / Sandkühler, Hans-Georg (Hrsg.), *Begründungen und Wirkungen von Menschenrechten im Kontext der Globalisierung*, IKO-Verlag, Frankfurt a.M., S. 28-36.
- Foucault, Michel 1966 - *Les Mots et les choses. Une archéologie des sciences humaines*, Gallimard, Paris.
- Id. 1969 - *L'Archéologie du savoir*, Gallimard, Paris.
- Id. 1976 – *Histoire de la sexualité, Vol. I: La volonté de savoir*, Gallimard, Paris.
- Id. 1998 – *Un diálogo sobre el poder y otras conversaciones*, Altaya, Barcelona.
- Freud, Sigmund 2001 [1975; 1941]: *Der Mann Moses und die monotheistische Religion*, Fischer, Frankfurt a.M.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2000: *Empire*, Harvard University Press, Cambridge (Mass.) / London.
- Hobsbawm, Eric / Ranger, Terence 1983 – *The invention of tradition*, Cambridge Univ. Press., Cambridge.
- Krippendorff, Ekkehart 1994: “Zweihundertzweiundsiebzig Wörter”, in: Lincoln, Abraham, *Gettysburg Address 19th November 1863*, Frankfurt a.M., S. 13-61.
- Lenk, Kurt 1984 – *Ideologie – Ideologiekritik und Wissenssoziologie*, Frankfurt a.M.
- Mármora, Leopoldo 1983 – *Nation und Internationalismus. Für einen sozialistischen begriff der Nation*, ISA-Verlag, Hamburg.
- Smith, Tony 1994: *America's mission*, Princeton University Press, Princeton (NJ).
- Tindall, George Brown / Shi, David E. 1984 - *America – A narrative History*, W.W. Norton & Co., New York / London.
- Vior, Eduardo-J. 1990 – *Bilder und Projekte der Nation in Brasilien und Argentinien*, Dissertation (mikroverfilmt) der Universität Gießen vorgelegt.
- Id. 2001 - “Las visiones de ‘Nuestra América’, las visiones de la ‘Otra América’ y las nuevas fronteras”, in: Instytut Studiów Iberyjskich i Iberoamerykaniskich, Uniwersytet Warszawa – Raúl Fornet Betancourt y Janusz Wojcieszak (coord.), *Itinerarios*, vol. 4, Warschau, Polen, S. 161-186.
- Id. 2003 “‘Perder los amigos, pero no la conducta’: Tercerismo, nacionalismo y antimperialismo. Marcha entre la revolucion y la contrarrevolucion (1958-74)”, in: Horacio Machín / Mabel Moraña (eds.), *Marcha y América Latina*, Pittsburgh, PA, S. 79-122.

Walzer, Michael 1997 [1990]: "What does it mean to be an 'American'?", in: Hollinger, David A./Capper, Charles (eds.), *The American intellectual tradition, Vol. II: 1865 to the present*, 3rd. edition, Oxford University Press, New York/Oxford (UK), S. 437-49.

Wightman Fox, Richard / Kloppenberg, James T. (eds.) 1995 - *A companion to American thought*, Blackwell, Oxford (UK) / Cambridge (USA).